
Ulf Fink:

Multikulturelle Gesellschaft - Realität heute

Ulf Fink, geb. 1942 in Freiberg/Sachsen, Studium der Volkswirtschaft, ist Bundesvorsitzender der CDU-Sozialausschüsse (CDA).

4,5 Millionen Ausländer leben heute in der Bundesrepublik Deutschland. Die meisten von ihnen sind im Laufe der letzten 25 Jahre in unser Land gekommen oder hier geboren worden, die große Mehrheit von ihnen wird auf Dauer hier bleiben. Das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen in unserem Land ist also eine schlichte Tatsache, und in einem vereinten Europa, das sich aus vielerlei Gründen auch nach außenhin nicht abschließen kann wie eine Wagenburg, werden in Zukunft auch in der Bundesrepublik Deutschland mehr Ausländer leben als heute.

Wie kommt es aber, daß Teile der öffentlichen Meinung - und sicher auch große Teile der Bevölkerung - mit Panik, Zorn und Widerstand auf den von Heiner Geißler in die Diskussion geworfenen Begriff einer multikulturellen Gesellschaft in unserem Land reagieren? Sicher ist da manches an Verdrängung im Spiel: Über viele Jahre hinweg war das Thema tabu. Die ebenso simple wie angesichts der Fakten falsche Feststellung „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ diente der Politik als Ersatz für eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Frage, wie wir uns auf mittlere und lange Sicht das Zusammenleben mit diesen Menschen aus anderen Kulturen vorstellen. -Eine Diskussion, die sicher unbequem ist und viele Anforderungen an uns stellt, auch wenn solche Zuwanderungen von Menschen mit anderem kulturellen Hintergrund in der europäischen und deutschen Geschichte der letzten Jahrhunderte etwas durchaus Normales darstellen. Sicher spielen hier auch konkrete Ängste vor der Konkurrenz der Fremden bei der ohnehin schwierigen Suche nach preisgünstigen Wohnungen und auf dem zu engen Arbeitsmarkt für weniger qualifizierte und spezialisierte Tätigkeiten eine Rolle, Ängste, die durch die große Zahl der Aussiedler konkret aufgebrochen sind und ein entschiedenes politisches Handeln zum Abbau dieser Probleme herausfordern.

Krise unserer Kultur- Ursache der Fremdenangst

Doch wer den Widerstand und die Aggressivität, die aufbricht bei der Diskussion um den Begriff einer multikulturellen Gesellschaft, verstehen will, der muß sich daneben auch und vor allem die Frage nach der Kultur, nach unserer kulturellen Situation stellen. In seinem Werk „Die Stadt in der Wüste“ läßt der französische Dichter Antoine de Saint-Exupery einen arabischen Nomadenfürsten, der seinen Sohn über die Erziehung und verantwortliche Führung des Volkes belehrt, sagen: „Wenn ich dich also in deiner Kindheit so wie die anderen geformt habe, wirst Du die gleichen Gesichter wie die Leute des Volkes entdecken, die gleichen Regungen der Liebe erfahren, und so werdet ihr verbunden sein... Denn ich weiß jetzt, daß Liebe wiedererkennen heißt und daß dies die Erkenntnis der Gesichter bedeutet, die sich durch die Dinge hindurch ablesen lassen.“

Die Gemeinsamkeit erster, prägender Lebenserfahrungen, durch die Wörter und Begriffe der gleichen Sprache, durch gleiche Gebete und Feste, die gefeiert werden, durch die gleichen Jahreszeiten, die gleichen Früchte, die gleichen Tagesabläufe, schafft eine innere Verbundenheit, ein Sich-Verstehen, ein Grundempfinden von Sicherheit zwischen den Menschen einer Region, eines Landes, das den roten Faden, das Rückgrat einer lebendigen Kultur bildet. Und wo die Heranwachsenden ihrerseits wiederum ein Heim schaffen, in dem dieses Leben von der nächsten Generation erfahren, erlebt wird - bei allen Veränderungen in Einzelheiten, die sich in den Jahren ergeben -, da gewinnt diese Kultur Stabilität, vermittelt den Menschen Geborgenheit, gibt ihnen eine innere Heimat.

Wer glaubt, hier handele es sich um konservative Romantik, um politikferne Gefühlsduselei, der hat überhaupt nicht verstanden, von welcher zentraler Bedeutung diese auf Heimat gründende lebendige Kultur für die Offenheit einer Gesellschaft gegenüber Fremden, für Toleranz und Demokratiefähigkeit ist. Wir wissen heute, daß ein Kind um so eher und um so stärker in der Lage ist, selbstbewußt und neugierig auf die Welt rundherum, auf die Dinge, Pflanzen, Tiere und Menschen zuzugehen, je mehr es in seinen ersten, prägenden Lebensjahren Geborgenheit, bedingungslose Liebe, Sicherheit erfahren hat. Großzügigkeit, Angstfreiheit, die Fähigkeit, sich hinzugeben im Engagement, zu lieben, haben hier ihre Wurzeln. Könnte es nicht sein, daß die Krise unserer eigenen Kultur, die Unsicherheit und Fremdheit der Deutschen untereinander angesichts des Verfalls gemeinsamer Lebenserfahrungen, gemeinsamer Werte, angesichts des Fehlens von Geborgenheit und wirklicher Heimat, wesentliche Ursachen für die Angst und Aggressivität vieler Menschen gegenüber den Fremden, den Ausländern sind, vor allem, wenn man bei diesen Ausländern geradezu riechen kann, daß sie sicher sind, geborgen in einer lebendigen, uns fremden Kultur, daß sie - im Gegensatz zu unserer inneren Heimatlosigkeit - ihre Heimat in sich tragen (und sofort um sich herum verbreiten, in ihren Wohnungen, bei ihren Festen, in ihren Wohnvierteln)?

Sicher lassen sich die hohen Wahlerfolge der Republikaner bei den Europawahlen gerade in Süddeutschland, in Bayern und Baden-Württemberg, nicht primär so deuten. Aber wer sich die Wähler und Sympathisanten der neuen rechtsextremen Parteien im übrigen Bundesgebiet ansieht, wer sich ansieht, wo ihre Hochburgen bei den Berliner Wahlen und in Frankfurt lagen, der kann nicht daran vorbei, daß hier Angst, Unsicherheit und Orientierungslosigkeit eine zentrale Rolle spielen. Und daß schließlich da, wo Heimat nicht mehr als Geborgenheit im Alltag erlebbar ist, wo die Selbstverständlichkeit der Teilnahme an einer lebendigen, oft nicht zuletzt auch durch einen einheitlichen Sprachraum definierten Kultur fehlt, die abstrakten Begriffe Nation und Volk losgelöst von der Realität des Lebens eine fast magische Bedeutung erhalten und in dieses Vakuum einströmen, ohne doch die Sehnsucht der Menschen nach Heimat und Sicher-

heit stillen zu können, das vermehrt auf tragische Weise die Gefahren, die sich aus unserer kulturellen Krise ergeben.

Diskriminierung und Abgrenzung - Irrwege der Ausländerpolitik

Doch was ergibt sich aus alledem für unser Projekt einer multikulturellen Gesellschaft, das ja, wie gesagt, eine unausweichliche Realität bei uns in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in den meisten anderen westlichen Gesellschaften ist - heute wie auch in den kommenden Jahrzehnten? Was ist zu tun? Wie sollen wir mit dieser Realität umgehen, wie sie gestalten?

Sehen wir uns zunächst einmal an, wie es nicht geht. „Als wenn die Zerstörung des Ölbaumes gleichbedeutend mit der Liebe zur Zeder wäre“, schreibt Saint-Exupéry in seiner „Stadt in der Wüste“. Die Unterdrückung, die gesellschaftliche oder politisch-rechtliche Diskriminierung des eigenständigen kulturellen Lebens der Ausländer, die unter uns leben, ist kein Mittel, um die Lebendigkeit und Orientierungskraft unserer eigenen Kultur für die Menschen in unserem Land zu fördern oder zu schützen. Im Gegenteil: Bei genauerem Hinsehen erkennen wir, daß das Bild des Baumes, das den Ölbaum mit der Zeder verbindet, auch in der Zeder schweren Schaden leidet, wenn wir - um sie zu schützen - den Ölbaum zerstören wollten. Die Unterdrückung des kulturellen Lebens von Menschen ist Unterdrückung ihrer Person, denn ihre Kultur ist unverzichtbarer Bestandteil ihres Seins, und wie könnten wir noch an die Gültigkeit der grundlegenden Werte unserer eigenen Kultur glauben - die Würde der menschlichen Person, seine Freiheit, sein Recht auf Entfaltung -, wenn wir im Zusammenreffen mit Menschen anderer Kultur dagegen verstießen? Folge wäre eine immer heillosere Zerstörung unserer auf dem christlich-humanistischen Verständnis vom Menschen gründenden Kultur, unserer Sinn- und Weltorientierung, die wir zu schützen vorgeben, durch offensichtliche Unglaubwürdigkeit.

Als weitere Alternative wird die Abgrenzung gehandelt, vor allem in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Lassen wir noch einmal Saint-Exupéry zu Wort kommen: „Ich entsinne mich, was mit den 3 000 Flüchtlingen aus der Barberei geschah, als sie mein Vater in einem Lager nördlich der Stadt unterbrachte. Er wollte nicht, daß sie sich mit den Unseren vermischten. Da er gütig war, speiste er sie und versah sie mit Stoffen, mit Zucker und Tee. Als Entgelt für seine großmütige Gabe verlangte er jedoch keine Arbeit von ihnen... Wer hätte sie aber für glücklich halten können? ... Sieh nur, sagte mein Vater, sie werden zu Vieh und beginnen sachte zu faulen . . . Nicht in ihrem Fleisch, aber in ihren Herzen. Denn alles verlor für sie seinen Sinn.“

Treffender als in diesem vor einem halben Jahrhundert skizzierten Bild läßt sich die Art und Weise, wie wir in der Bundesrepublik Deutschland mit Asylbewerbern und den sogenannten De-facto-Flüchtlingen umgehen, kaum beschreiben. Die Sache hat ja ihre eigene Logik. Ein unverbundenes Nebeneinander verschiedener Kulturen ist in unserer dicht besiedelten, komplexen, hochgradig arbeitsteiligen Gesellschaft ja gar nicht mehr möglich, wenn ich den Ausländern einen klaren rechtlichen Status, volle Bewegungsfreiheit innerhalb unseres Staatsgebietes und Arbeitserlaubnis zugestehe. Die rasche Vermischung ist dann unvermeidbar - was nicht heißt, daß nicht Unterschiede - Religion, Traditionen, Lebensweise - bei Kerngruppen der Zuwanderer über Generationen hinweg bestehen bleiben können; aber zwischen ihnen und der eingewohnten Bevölkerung bilden sich immer breitere Brücken.

Abgrenzung erfordert Diskriminierung, deren Folge aber ist - gerade wo es um Arbeit geht - kulturelle Zerstörung, eine Erfahrung, von der bei uns nicht nur die mit Arbeitsverboten belegten Flüchtlinge, sondern auch die bei der Arbeitsaufnahme diskriminierten Ausländer aus Nicht-EG-Staaten betroffen sind. „Der ist ein Narr“, stellt

Saint-Exupery fest, „der die Kultur von der Arbeit zu trennen gedenkt, denn der Mensch wird zunächst einer Arbeit überdrüssig werden, die nicht mehr Teil seines Lebens ist, und sodann wird ihn auch eine Kultur nicht mehr befriedigen, die noch nur ein Spiel ohne Einsatz darstellt.“ Abgrenzung heißt in unserer Gesellschaft notwendig Zerstörung der fremden Kulturen; multikulturelle Gesellschaft aber erfordert vor allem die nicht diskriminierte Integration der Ausländer in das Arbeitsleben. Wer auf das Faktum multikulturelle Gesellschaft mit Abgrenzung und Diskriminierung reagiert, der legt einen Sprengsatz an unsere gesamte Gesellschaft: Ausländer, die erlebt werden als nicht integrierte, auf Kosten der Steuerzahler herumlungernde Schmarotzer, als verzweifelte Underdogs, gefangen im Dreieck von psychischem Verfall, Kriminalität und Aggression, werden zu Recht von der Bevölkerung als Bedrohung empfunden und stellen den idealen Nährboden für rechtsextreme Wahlerfolge dar.

Perspektiven einer kulturellen Erneuerung

Aber heißt nicht Integration und daraus folgend Vermischung tatsächlich Bedrohung des gewachsenen Bestandes unserer deutschen Kultur? So fragen manche. Tatsächlich ist das eine Frage der Behauptung von Werten, Traditionen und Lebensweisen, aber nicht nur eine Frage von Quantitäten. 4 Millionen Ausländer gegenüber 58 Millionen Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland - solche Zahlenvergleiche sagen nichts aus, zumal, wenn man sich vor Augen hält, daß die Ausländer in unserem Land aus Dutzenden völlig verschiedenen Kulturen kommen. Auch die Diskussion über Mehrheitskultur und Minderheiten-Kulturen ist - im Hinblick auf das politische Handeln - unergiebig. In dem Maße, wie sich Elemente unserer Kultur als lebendig erweisen - Sprache, Wertvorstellungen, Lebensweisen und so weiter -, werden sie über die Generationen hinweg auch die Zugewanderten prägen. Wo aber nichts mehr ist, da gibt es auch nichts zu schützen, und hier können wir glücklich sein, wenn kulturelle Einflüsse der Ausländer bei uns wirksam werden, das Vakuum füllen, denn der einzelne Mensch, der nach Orientierung, nach Lebensformen, nach Lebenssinn sucht, wird kaum danach fragen, ob was, worin er dies findet, einen deutschen Stammbaum hat.

Doch machen wir uns keine Illusionen: Gerade weil unsere Kultur in der Krise steckt, ihre Bindungskraft stark abgeschwächt ist, weil ausufernder abstrakter Nationalismus im Vakuum innerer Heimatlosigkeit gedeiht, ist die Gefahr der intoleranten, der aus Angst geborenen aggressiven und irrationalen Reaktion auf das Faktum unserer multikulturellen Gesellschaft nicht gering. Wenn dies aber bestimmend würde, kämen wir in ein aussichtsloses Dilemma, an dessen Ende Nihilismus und Unfreiheit stünden.

Erhard Eppler hat in seiner Gedenkansprache zum Tag der Deutschen Einheit am 17. Juni 1989 darauf aufmerksam gemacht, und dabei Martin Walser zitiert, daß eine gewisse Identifizierung mit dem Volk, in das man hineingeboren ist, zu den natürlichen Bedürfnissen und Regungen der meisten Menschen gehöre. Offenbar ist das Bedürfnis nach nationaler Identität auch bei uns groß. Sie darf jedoch nicht mit Nationalismus verwechselt werden, deshalb ist richtig, was Jakob Kaiser, der erste CDA-Vorsitzende nach 1945 gesagt hat: „Man darf das Nationale nicht den falschen Leuten überlassen.“

Links- und Rechtsradikale haben Zulauf. Wir müssen überlegen, was wir falsch machen. Ich denke, wir nehmen die Sorgen nicht genügend ernst, die die Menschen haben, weil sie die Veränderungen, denen sie ausgesetzt sind, nicht verstehen können. Es sind oft unbegründete Sorgen. Aber sie sind da. Sie verschwinden nicht dadurch, daß man sagt: „Ihr braucht sie nicht zu haben.“ Sorgen ernst zu nehmen ist also ein wichtiges Rezept gegen die Radikalen. Aber Sorgen ernst nehmen heißt nicht, den Radikalen und ihren Parolen nachlaufen. Im Gegenteil, man muß Radikalen klar widerstehen. Fremden- und Ausländerfeindlichkeit darf es bei uns nicht geben. Man kann dagegen etwas tun. Gegen Fremdenfeindlichkeit vorzugehen heißt nicht, jeden

und alles ins Land zu lassen. Was die Grünen unter dem Stichwort „multikulturelle Gesellschaft“ verstehen, nämlich ein Aufenthaltsrecht für die 4 Milliarden Menschen der Weltbevölkerung bei uns, erzeugt erst Überfremdungsängste. Das ist nicht unsere Vorstellung von Gesellschaft.

Groß sind deshalb die Aufgaben, die vor uns stehen, und groß ist unsere Verantwortung:

- Wir müssen den weiteren Zuzug von Menschen aus fremden Kulturen in unser Land behutsam steuern, um in der prekären Stimmungslage, in der sich ein großer Teil unserer desorientierten Bevölkerung befindet, die Menschen nicht zu überfordern. Eine großzügige Aufnahme verfolgter Flüchtlinge und die Aufnahme enger Familienangehöriger von hier lebenden Ausländern sind auf absehbare Zeit neben der Offenheit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und der Zuwanderung der Aussiedler das einzige, was möglich ist.
- Wir müssen alle Anstrengungen darauf richten, durch eine auf die Entfaltung und Inpflichtnahme der einzelnen Person gerichtete Politik (Familie und Wohnen, Bildung und soziales Handeln, humane Arbeit und verantwortliches Wirtschaften) allmählich die Chancen der Menschen wieder zu verbessern, zu Geborgenheit, Heimat und damit Selbstsicherheit und Offenheit zu finden.
- Ohne ein Mindestmaß an sozialem Konsens werden wir in unserer multikulturellen Gesellschaft in naher Zukunft unfähig zum Zusammenleben, wird unser Staat unregierbar. Doch dieses Minimum an Übereinstimmung zwischen den Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft und unterschiedlicher Wertvorstellungen ist nur erreichbar, wenn es gelingt, alle Minderheiten ohne Diskriminierung in die gesellschaftliche Diskussion und die politische Meinungsbildung einzubeziehen. „Ich erkenne nur eine einzige Ordnung an“, sagt Saint-Exupery. „Meine Ordnung besteht in der allgemeinen Zusammenarbeit, die sich mit Hilfe eines jeden einzelnen vollzieht“, und er fährt fort: „Zwingt sie, zusammen einen Turm zu bauen; so wirst Du sie in Brüder verwandeln. Willst Du jedoch, daß sie sich hassen, so wirf ihnen Korn vor... Denn eine Kultur besteht aus dem, was von den Menschen gefordert wird, und nicht auf dem, was sie geliefert erhalten.“

Es gibt höchst unterschiedliche Vorstellungen darüber, was „multikulturell“ sein soll. Man sollte deshalb nicht um Begriffe streiten. Wem der Begriff der multikulturellen Gesellschaft zu schwammig sein sollte, dem empfehle ich den Begriff der „offenen solidarischen Gesellschaft“ zu verwenden - er stammt aus der Offenburger Erklärung der CDU von 1967.